

---

**Vorsitz: Belarus****1010. PLENARSITZUNG DES FORUMS**

1. Datum: Mittwoch, 18. Mai 2022 (im Neuen Saal und über Videokonferenz)
- Beginn: 10.00 Uhr  
Schluss: 11.15 Uhr

2. Vorsitz: Botschafter A. Dapkunas

3. Behandelte Fragen – Erklärungen – Beschlüsse/verabschiedete Dokumente:

Punkt 1 der Tagesordnung: ALLGEMEINE ERKLÄRUNGEN

*Die aktuelle Sicherheitslage im OSZE-Raum: Russische Föderation (Anhang 1) (FSC.DEL/210/22), Frankreich – Europäische Union (FSC.DEL/211/22), Kanada, Vereinigtes Königreich (Anhang 2), Schweiz (FSC.DEL/208/22 OSCE+), Frankreich, Belarus*

Punkt 2 der Tagesordnung: SONSTIGES

- (a) *Ankündigungs- und Mahnmechanismus nach FSK-Beschluss Nr. 10/02 (FSC.DEC/10/02):* Vorsitz
- (b) *Verteilung eines FSK-Beschlussentwurfs über Tagesordnung, Zeitplan und Modalitäten der elften Jährlichen Diskussion über die Umsetzung des Verhaltenskodex zu politisch-militärischen Aspekten der Sicherheit (FSC.DD/2/22):* Vorsitz
- (c) *Neuigkeiten zum Ausbildungsprogramm im Rahmen des OSZE-UNODA-Stipendiums 2022 für Frieden und Sicherheit für Nachwuchskräfte, mehrheitlich Frauen: Vertreter/in des Konfliktverhütungszentrums (FSC.GAL/52/22)*
- (d) *Workshop zur SALW-Berichterstattung und zum Online-Berichterstattungs-instrument der OSZE am 24. Mai 2022 über Videokonferenz (SEC.GAL/47/22 Restr.):* Vertreter/in des Konfliktverhütungszentrums

- (e) *Unterrichtungen zum 93. Treffen der OSZE-Kommunikationsgruppe und dem Weltweiten Austausch militärischer Information 2022 am 28. April 2022:*  
Vertreter/in des Konfliktverhütungszentrums

4. Nächste Sitzung:

Mittwoch, 25. Mai 2022, um 10.00 Uhr im Neuen Saal und über Videokonferenz

---

**1010. Plenarsitzung**

FSK-Journal Nr. 1016, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG  
DER DELEGATION DER RUSSISCHEN FÖDERATION**

Herr Vorsitzender,

bevor ich zum Hauptteil meiner Erklärung komme, möchte ich einen äußerst wichtigen Meilenstein für die Russische Föderation und ihre Verbündeten erwähnen. Am 16. Mai fand im Kreml ein Treffen der Staats- und Regierungschefs der Mitgliedstaaten der Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit (OVKS) anlässlich des 30-jährigen Bestehens des Vertrags über kollektive Sicherheit und des 20-jährigen Bestehens der Organisation statt. In dieser Zeit hat sich die OVKS als regionale Verteidigungsstruktur, die Sicherheit und Stabilität in Eurasien gewährleistet, unbestreitbare Autorität erarbeitet. Bei dem Gipfeltreffen wurde eine gemeinsame Erklärung unterzeichnet, in der die Mitgliedstaaten ihre Entschlossenheit bekräftigten, ihre Zusammenarbeit in verschiedenen Bereichen der Entwicklung von Verteidigungs- und militärischen Fähigkeiten fortzusetzen und auch die koordinierte Interaktion auf der internationalen Bühne weiter auszubauen. Eines der zentralen Themen des Gipfels war der gegenwärtige Zustand der regionalen und internationalen Sicherheit, auf die auch die russische Delegation in ihrer heutigen Erklärung eingehen wird.

Herr Vorsitzender,

wir sind immer wieder von neuem erstaunt über die böswilligen Versuche unserer westlichen Kolleginnen und Kollegen, die Russische Föderation einer „aggressiven nuklearen Rhetorik“ zu bezichtigen. Freie Auslegungen der Grundlagen der sicherheits- und verteidigungspolitischen Doktrin unseres Landes sind nicht hinnehmbar. Wir halten es für unerlässlich, noch einmal zu betonen, dass die russische Politik im militärisch-nuklearen Bereich rein defensiv ausgerichtet ist. Wir lassen uns klar von dem Prinzip leiten, dass die Risiken eines Atomkriegs, der niemals ausgelöst werden sollte, auf ein Minimum reduziert werden müssen – insbesondere durch die Verhütung jeglicher bewaffneter Konflikte zwischen Atommächten. Auf Initiative der Russischen Föderation wurden diese Grundsätze in gemeinsamen Erklärungen und Dokumenten bekräftigt, die im Rahmen der Gruppe der „nuklearen Fünf“ verabschiedet wurden.

Leider ist es das Trio der westlichen Atommächte, das derzeit auf andere Positionen abdriftet – und mit ihm die Nordatlantische Allianz, die sich selbst zu einem „Nuklearbündnis“ erklärt hat. In Bezug auf unser Land hat sie sich bewusst für eine Strategie des

„Stellvertreterkriegs“ entschieden. Der Mehrheitsführer der Demokraten im Repräsentantenhaus des US-Kongresses, Steny Hoyer, erklärt bereits ganz offen, dass sich die Vereinigten Staaten von Amerika im Krieg mit Russland befänden. Durch ein solches Hasardspiel droht sich die Lage in Europa, die schon so angespannt genug ist, weiter zu verschlechtern. Langsam dämmert dies auch den europäischen Hauptstädten. In einem von Expertinnen und Experten des Wissenschaftlichen Dienstes des deutschen Bundestags erstellten Gutachten mit dem Titel „Rechtsfragen der militärischen Unterstützung der Ukraine durch NATO-Staaten zwischen Neutralität und Konflikteilnahme“ wird darauf hingewiesen, dass bereits eine indirekte Intervention in einem bewaffneten Konflikt gravierende rechtliche und militärische Folgen nach sich ziehen könne – von einer geographischen Ausweitung des Konfliktgebietes bis hin zur nuklearen Eskalation.

Trotzdem fahren die Staaten des „zivilisierten“ Westens unter der Führung der Vereinigten Staaten damit fort, ihre Waffenlieferungen an die Ukraine zu erhöhen. Dahinter steht natürlich ein langfristiges Kalkül. Die US-Regierung reibt sich die Hände angesichts der Aussicht auf große Gewinne, indem sie dem militärisch-industriellen Komplex neue Aufträge erteilt und für die Auftragnehmer des Verteidigungsministeriums optimale Bedingungen schafft. Gemeinsam mit ihren Verbündeten hat sie der ukrainischen Regierung bereits mehr als 60 000 Panzerabwehrsysteme und über 25 000 tragbare Flugabwehrsysteme (MANPADS) ausgeliefert. Interessanterweise hat US-Verteidigungsminister Lloyd Austin eingestanden, dass es unmöglich sei, nachzuvollziehen, ob diese gefährlichen Waffen auf dem Schwarzmarkt landeten. Man denke daran, dass erst im Dezember im Forum für Sicherheitskooperation ein auf Initiative von US-Militärexpertinnen und -experten erarbeiteter OSZE-Praxisleitfaden für die sichere Lagerung von MANPADS verabschiedet worden ist. Nach gerade einmal sechs Monaten ist dieses Dokument schon reif für den Müllhaufen der Geschichte: Seine Verfasserinnen und Verfasser selbst überschwemmen Europa mit Systemen, die fähig sind, der zivilen Luftfahrt und dem Schienenverkehr verheerende Schäden zuzufügen.

Herr Vorsitzender,

in all diesen Jahren hat das ukrainische Hoheitsgebiet als Brückenkopf für die Durchführung gefährlicher biologischer Projekte gedient, die sämtliche Kennzeichen eines geheimen Biowaffenprogramms und der illegalen Erprobung von Arzneimitteln aufweisen. Im Zuge der militärischen Spezialoperation zum Schutz des Donbass hat das russische Verteidigungsministerium neue Beweise dafür erlangt, dass eine Reihe vom Pentagon finanzierter Projekte ukrainische Bürgerinnen und Bürger an Leib und Leben gefährdete. US-amerikanische Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler führten an Patientinnen und Patienten psychiatrischer Kliniken in der Region Charkiw gefährliche Geheimversuche mit potenziell schädlichen biologischen Produkten durch. Dabei wurden sogar Kinder in Gefahr gebracht – 2020 hätten sie als Hauptüberträger die Tuberkulose im Bezirk Slowjanoserbsk in der Volksrepublik Luhansk (LNR) die Tuberkulose verbreiten sollen. Als Infektionsquelle wurden gefälschte Banknoten ausgewählt, die unter Laborbedingungen mit hochpathogenem biologischen Material infiziert wurden. Es ist bezeichnend, dass das nationalistische Regime in Kyjiw all diesen Experimenten, die eine epidemiologischen Bedrohung für die Ukraine, den europäischen Raum und die ganze Welt darstellen, zynisch seinen Segen erteilt hat. Unser Ziel ist es, diesen gefährlichen Aktivitäten Einhalt zu gebieten. Sobald die Sammlung und Analyse des Materials abgeschlossen ist und sich die Verletzung des Übereinkommens über biologische Waffen und Toxinwaffen durch die Vereinigten Staaten und die Ukraine

dadurch bestätigt hat, beabsichtigt Russland, die Mechanismen nach Artikel V und VI des Übereinkommens in Gang zu setzen.

Die Bedrohung durch chemischen Terrorismus seitens faschistoider Nationalisten und Truppenteile der ukrainischen Streitkräfte ist nach wie vor allzu real. Beispiele gibt es zuhauf. Um die russische Armee des Einsatzes chemischer Waffen zu beschuldigen, sprengten der Sicherheitsdienst der Ukraine und Nationalisten am 11. Mai einen Tank mit Düngemittel (vermutlich Ammoniumnitrat) in der Nähe der Siedlung Dowhenke in der Region Charkiw. Am 16. Mai wurde unweit von Masaniwka in der Volksrepublik Donezk (DNR) eine mit bis zu einer Tonne Ammoniumnitrat gefüllte Landmine zur Detonation gebracht, woraufhin eine etwa einen Kilometer hohe Giftwolke durch Windböen in Richtung Kramatorsk geweht wurde. Vor einigen Tagen wurde eine höchst gefährliche Provokation auf dem Gelände des Chemieunternehmens Sarja in der Stadt Rubischne durch Einheiten der Volksmiliz der LNR verhindert. Auf Anweisung US-amerikanischer und polnischer Ausbilder luden ukrainische Kämpferinnen und Kämpfer dort Säcke mit Ammoniak auf Eisenbahnwaggons und verminten darüber hinaus die Lagertanks mit rund 40 000 Tonnen gefährlichster chemischen Reagenzien (Ammoniak, Salpetersäure, Schwefelsäure, Benzol und andere gefährliche Stoffe). Wäre dieser von den Nationalisten und ihren Handlangern geplante verbrecherische Akt in die Tat umgesetzt worden und wären diese Chemikalien explodiert, wären möglicherweise rund 300 000 Zivilisten direkt einer chemischen Kontamination ausgesetzt worden. Naturgemäß sind die US- und NATO-Strippenzieher solchen Methoden sehr zugetan, schließlich haben sie sie ausgiebig auf syrischem Hoheitsgebiet eingesetzt. Es ist jedoch erschütternd zu sehen, dass das nationalistische Regime in Kyjiw bereit ist, so weit zu gehen, dass es „negative Publicity“ betreibt und das Leben seiner eigenen Bürgerinnen und Bürger opfert, um seine endlosen Forderungen nach westlichen Waffen zu rechtfertigen.

Offizielle Kreise in den NATO-Mitgliedstaaten machen keinen Hehl daraus, dass sie stolz auf ihre Bemühungen sind, Zehntausende ukrainische Kämpferinnen und Kämpfer für den Krieg gegen Russland auszubilden. Darüber hinaus erhalten wir immer wieder Hinweise auf die Teilnahme von Offizieren aus westlichen Ländern an Kampfhandlungen auf Seiten der ukrainischen Regierung. Es hat sich herausgestellt, dass britische Militärangehörige regelmäßig hinter den Kulissen an der Führung der ukrainischen Streitkräfte an der Front beteiligt sind und dabei Aufklärungsdaten der NATO nutzen. In der Region Saporischschja pendeln sie seit Ende April ständig zwischen den Kommandopunkten in Sahradiwka und Oleksandriwka nahe der Frontlinie. Es wäre für das Forum sehr nützlich, dies aus erster Hand von der Delegation des Vereinigten Königreichs selbst zu erfahren.

Wie wir bereits gesagt haben, sind die NATO-Mitglieder nicht zimperlich, wenn es um die Zusammenarbeit mit eingefleischten Neonazis geht. Ein pensionierter französischer Soldat, Adrien Bocquet, der sich im Rahmen einer humanitären Mission in der Ukraine aufhielt, äußerte sich in einem Interview mit dem französischen Radiosender Sud Radio wie folgt: „Die Asow-Kämpfer sind mit ihren Neonazi-Abzeichen omnipräsent. Ich bin schockiert, dass Europa Nazis mit Waffen versorgt. Ihre Uniformen sind mit SS-Abzeichen bestickt. Sie verstecken ihre Ansichten nicht nur nicht, sie stellen sie zur Schau. Ich habe mit diesen Menschen gearbeitet und sie medizinisch betreut. Sie sprechen offen darüber, dass sie bereit sind, Schwarze und Juden zu eliminieren ... Ich habe Kriegsverbrechen erlebt. Sie wurden alle von der ukrainischen Armee begangen. Aber darüber spricht man in Frankreich nicht ...“ In den letzten Monaten hat die russische Delegation im FSK zahlreiche Beweise für

den in der Ukraine grassierenden militanten Neonazismus vorgelegt, aber als Reaktion darauf haben wir nur Anschuldigungen gehört, wir würden lügen und Propaganda verbreiten. Es ist völlig klar, dass hinter alledem die berüchtigte Doppelmoral des „zivilisierten“ Westens steckt. Das ist nichts Neues. Als Islamisten des ISIS Menschen in Europa oder den Vereinigten Staaten töteten, wurden sie als Terroristen bezeichnet. Als sie syrische Soldaten enthaupteten, wurden sie im Westen als Freiheitskämpfer bezeichnet. Das ist auch jetzt so. In Europa werden die Neonazis des Asow-Regiments als „Verteidiger von Mariupol und der gesamten Ukraine“ gefeiert, während der Schütze, der einen Amoklauf in einem Supermarkt in der US-Stadt Buffalo verübte, als Neonazi und Rassist bezeichnet wird. Dabei trug er die gleichen Nazi-Symbole wie die Asow-Kämpfer.

Herr Vorsitzender,

es besteht kein Zweifel daran, dass die vom Präsidenten der Russischen Föderation Wladimir Putin gesetzten Ziele der militärischen Spezialoperation in der Ukraine erreicht werden. Die Entnazifizierung und Entmilitarisierung des NATO-freundlichen „Brückenkopfes“ an unseren Grenzen wird fortgesetzt werden. Seit Beginn der militärischen Spezialoperation wurden 168 Flugzeuge, 125 Hubschrauber, 912 unbemannte Luftfahrzeuge, 309 Flugabwehrraketensysteme, 3 134 Panzer und andere gepanzerte Kampffahrzeuge, 385 Mehrfachraketenwerfer, 1 542 Feldartilleriesysteme und Mörser sowie 2 983 taktische Fahrzeuge für Spezialeinsätze zerstört. Mit hochpräzisen Langstreckenraketen werden systematisch Angehörige ukrainischer Reserveformationen sowie ausländische Söldner und Ausbilder ausgeschaltet und Waffen- und Ausrüstungslieferungen aus den Vereinigten Staaten und europäischen Ländern, die für den Transport in den Donbass bestimmt sind, zerstört.

Der tiefe moralische Verfall in den Reihen der ukrainischen Armee, die Seite an Seite mit Neonazis kämpft, wird durch neue Fakten über Kriegsverbrechen und Gräueltaten an verwundeten und getöteten russischen Soldaten untermauert. In einem Bericht des niederländischen Medienunternehmens HNL wurden Bilder aus Charkiw gezeigt, auf denen man die Leichen von Angehörigen unserer Streitkräfte in der Mitte einer Straße liegen sah, wo sie von Kämpfern der nationalistischen Bataillone zu dem Buchstaben "Z" angeordnet worden waren. Es gab auch eine verkohlte Leiche, die über einen Tschechenigel ausgebreitet worden war. Darüber hinaus haben russische Journalisten in der Nähe von Cherson eine Folterkammer entdeckt, in der die mit einer Sprengfalle versehene Leiche eines Mannes in russischer Militäruniform gefunden wurde; die Leiche hatte keine Beine und wies Folterspuren auf. Daneben befanden sich Spritzen, Betäubungsmittel und auch Kisten, wie sie für die Lagerung von Javelin-Raketen aus US-amerikanischer Produktion verwendet werden. Wie viele Beweise für eklatante Kriegsverbrechen und Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht durch die ukrainischen Neonazis müssen wir noch vorlegen, damit der Westen, der sich selbst als „zivilisiert“ bezeichnet, sie zur Kenntnis nimmt? Oder sind diese „zivilisierten“ Staaten etwa der Ansicht, dass Verbrechen gegen Russen zulässig und verzeihlich seien?

Das russische Verteidigungsministerium und die russischen Strafverfolgungsbehörden registrieren weiterhin zahlreiche Fälle, in denen die Kyjiwer Behörden eine unmenschliche Haltung gegenüber der ukrainischen Zivilbevölkerung an den Tag legen und Einrichtungen der sozialen Infrastruktur für militärische Zwecke nutzen. Wir werden eine aktualisierte Liste dieser Einrichtungen übermitteln, die leider immer länger wird. Wir registrieren Angriffe auf

zivile Objekte durch die ukrainischen Streitkräfte. Am 16. Mai beschossen die ukrainischen Nationalisten Wohngebiete in Cherson mit Smertsch-Mehrfachraketenwerfern. Alle zehn Geschosse wurden von russischen Luftabwehrsystemen abgefangen. Die Zivilbevölkerung wurde aus Rache dafür, dass sie die Russische Föderation unterstützt, gezielt bombardiert. Militante Kräfte der sogenannten Territorialverteidigungsbataillone haben zusammen mit Angehörigen des ukrainischen Sicherheitsdienstes kürzlich Razzien in Charkiw, Sumy, Tschernihiw, Odessa und anderen Städten durchgeführt, um Einwohnerinnen und Einwohner ausfindig zu machen, die prorussische Ansichten vertreten oder einfach nur mit Verwandten und Freunden in Russland telefonieren. Diese Menschen werden körperlicher Gewalt ausgesetzt und dann an einen unbekanntem Ort gebracht. Über das Schicksal vieler von ihnen ist bis heute nichts bekannt.

Die Aufmerksamkeit der internationalen Gemeinschaft richtet sich derzeit auf die Situation rund um das Asowstal-Werk in Mariupol. Am Montag wurde in Verhandlungen mit den ukrainischen Militärangehörigen, die sich in der Anlage verschanzt hatten, eine Einigung über die Evakuierung der Verwundeten erzielt. Am 16. Mai begannen die Kämpfer der nationalistischen Asow-Verbände und der ukrainischen Streitkräfte, sich zu ergeben. In den letzten 24 Stunden haben 165 Kämpfer ihre Waffen niedergelegt und sich ergeben, darunter 51 Schwerverwundete. Unsere Streitkräfte sorgen für eine Waffenruhe und die Aufrechterhaltung eines humanitären Korridors, durch den Menschen, die medizinische Hilfe benötigen, in ein Krankenhaus in Nowoasowsk in der DNR gebracht werden. Wir werden das FSK weiterhin über die tatsächliche Lage um das Asowstal-Werk auf dem Laufenden halten.

Herr Vorsitzender,

lassen Sie mich zusammenfassen. Wir wissen sehr wohl, dass US-amerikanische und britische Strippenzieher die Aktionen der ukrainischen Regierung steuern, sowohl am Boden als auch im Informationsraum, und hinter der Verschleppung der Verhandlungen mit der russischen Regierung stehen, um unserem Land Schaden zuzufügen. Diesbezüglich möchte ich festhalten: Durch den aggressiven revisionistischen Kurs des kollektiven Westens, der durch die Spezialoperation in der Ukraine neuen Auftrieb erhalten hat, wird die europäische und globale Sicherheit massiv beeinträchtigt. Wir sehen, worauf das Nordatlantische Bündnis in seinem militaristischen Wahn aus ist, wenn es ein 16 Bataillone starkes Aufgebot nach Polen und in die baltischen Länder verlegt und sowohl im Mittelmeer als auch in der Ostsee eine mit Marschflugkörpern ausgerüstete Trägerkampfgruppe aufstellt. Wir wissen, was hinter den hegemonialen Versuchen der NATO steckt, Nordeuropa und dann den asiatischen und pazifischen Raum zu überrollen. Diese und andere alarmierende Tendenzen, die weit über das Mandat des FSK hinausgehen, müssen bei den Beziehungen der Russischen Föderation zu Staaten, die wir offiziell als „feindlich“ einstufen, berücksichtigt werden. Wir schließen nicht aus, dass als Reaktion auf eine Bedrohung der nationalen Sicherheit Russlands geeignete Maßnahmen ergriffen werden.

Danke, Herr Vorsitzender. Ich ersuche um Beifügung dieser Erklärung zum Journal der heutigen FSK-Sitzung.

---

**1010. Plenarsitzung**

FSK-Journal Nr. 1016, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG  
DER DELEGATION DES VEREINIGTEN KÖNIGREICHS**

Herr Vorsitzender,

wieder einmal versteifen sich unsere russischen Kollegen darauf, hier die hass-erfüllten Lügen und Propagandafantasien des Kremls zu verbreiten. Jeder weiß, vermutlich auch unsere russischen Kollegen selbst, dass Putins willkürlich vom Zaun gebrochener Krieg in der Ukraine auf einem Lügengerüst aufgebaut ist.

Der Kreml hat falsche Vorwände für die Invasion erfunden, verschleiert die Fakten und vertuscht und leugnet Kriegsverbrechen. Doch nach Putins Willen soll die Wahrheit nur eines der Opfer dieses Konflikts sein.

Die russische Regierung sagte, sie werde nicht in der Ukraine einmarschieren – und tat dann genau das. Sie sagte, sie werde keine zivile Infrastruktur ins Visier nehmen – und greift doch erbarmungslos Wohngebiete, Schulen und Krankenhäuser an. Sie sagte, die Zivilbevölkerung werde geschont – und zugleich gibt es klare Beweise für Kriegsverbrechen, darunter Berichte über Massengräber und fürchterliche Gräueltaten in vormals von den russischen Kräften besetzten Gebieten wie Butscha.

Dass Russland versucht, die eigene Bevölkerung mit Lügen und Desinformation abzulenken und zu täuschen, lässt darauf schließen, dass es wohl weiß, dass die wahren Beweggründe für den Einmarsch in der Ukraine jeglicher Grundlage entbehren.

Die schlichte Wahrheit ist, dass Russland selbst für diesen schrecklichen Krieg, der gegen die VN-Charta verstößt, und für den unnötigen Tod von Tausenden von Männern, Frauen und Kindern verantwortlich ist. Eine solche Situation als etwas anderes als eine menschliche Tragödie für beide Seiten zu bezeichnen, wäre realitätsfremd.

Die Realität ist heute, dass Putins Plan A gescheitert ist und seine versuchte „Landnahme“ in der Ostukraine an Schwung verloren hat und deutlich dem Zeitplan hinterherhinkt. Trotz anfänglicher kleinerer Vorstöße ist es Russland im vergangenen Monat nicht gelungen, wesentliche Gebietsgewinne zu erzielen, während das Ausmaß der Zermürbung hoch blieb. Russland hat mittlerweile wahrscheinlich ein Drittel der im Februar entsandten

Bodenkampftruppen verloren. Sagen wir es noch einmal: Russland hat mittlerweile wahrscheinlich ein Drittel der im Februar entsandten Bodenkampftruppen verloren.

Die russischen Streitkräfte leiden zunehmend unter verminderten unterstützenden Fähigkeiten, anhaltend niedriger Moral und verringerter Einsatzwirksamkeit. Viele dieser Fähigkeiten können nicht schnell ersetzt oder wiederhergestellt werden. Russisches Brückenmaterial ist schon seit Beginn des Konflikts Mangelware, wodurch Offensivmanöver verlangsamt und eingeschränkt worden sind. Russische unbemannte Luftfahrzeuge sind für die taktische Aufklärung und die Lenkung der Artillerie von entscheidender Bedeutung, sind aber durch die ukrainischen Luftabwehrfähigkeiten gefährdet.

Als Reaktion darauf setzt Russland zunehmend auf massive Artillerieangriffe, um seinen Vormarsch im Donbass wieder in Schwung zu bringen. Diese Taktik hat Russland bereits in anderen Teilen der Ukraine angewandt. So wurden beispielsweise in der Region Tschernihiw nördlich von Kyjiw schätzungsweise 3 500 Gebäude während des von Russland aufgegebenen Vormarschs auf die ukrainische Hauptstadt zerstört oder beschädigt. Achtzig Prozent der Schäden wurden an Wohngebäuden verursacht.

Das Ausmaß dieser Schäden zeigt, dass Russland bereit ist, Artillerie gegen Wohngebiete einzusetzen, ohne die Grundsätze der Unterscheidung und der Verhältnismäßigkeit im Geringsten zu berücksichtigen. Darin offenbart sich in unmittelbarer und beschämender Weise das Versagen der russischen Militärführung. Es ist ein schändliches Beispiel dafür, wie der russische Generalstab auf Misserfolge mit einer Verschärfung seines Kurses, Wut, Unaufrichtigkeit und der Suche nach Sündenböcken reagiert. Während der gesamten Operation der russischen Streitkräfte und in allen Bereichen war das Versagen ihrer Befehlshaber bei der Durchführung einer angemessenen Einsatzplanung nichts anderes als ein Verrat an ihren Soldaten, Matrosen und Fliegern, die dafür mit ihrem Leben bezahlt haben – schlecht ausgerüstet, schlecht ausgebildet und schlecht geführt.

Die durch nichts provozierte, rechtswidrige, sinnlose und selbstzerstörerische Invasion der Ukraine durch die russische Führung, ihre Angriffe auf unschuldige Zivilistinnen und Zivilisten und deren Heimstätten und ihre zahlreichen Gräueltaten, einschließlich gezielter Angriffe auf Frauen und Kinder, beschädigen das Andenken an die in der Vergangenheit gebrachten Opfer und den einst guten Ruf Russlands in der Welt. So handelt keine Großmacht. Das sind schändliche und feige Handlungen.

Alle, die Kriegsverbrechen begehen, sollten wissen, dass sie nicht ungestraft davonkommen. Wahllose Angriffe auf unschuldige Zivilistinnen und Zivilisten sind Kriegsverbrechen, für die diejenigen, die sich mitschuldig gemacht haben, zur Rechenschaft gezogen werden müssen.

Herr Vorsitzender,

wir haben klar gesagt, dass wir nicht einfach zur normalen Tagesordnung übergehen können, solange Putin seinen schrecklichen und barbarischen Krieg, für den er sich bewusst entschieden hat, gegen unsere ukrainischen Freundinnen und Freunde führt. Erneut verurteilen wir die anhaltende Unterstützung des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine durch Belarus einschließlich der Ermöglichung der Nutzung seines Hoheitsgebiets durch

Russland zur Verübung der barbarischen Angriffe auf die ukrainische Bevölkerung auf das Allerschärfste.

Letzte Woche haben wir unsere massive Besorgnis über die laufende Überprüfung der Gefechtsbereitschaft bzw. sogenannte „Alarmierungsübung“ und den Mangel an notwendiger Transparenz in diesem Zusammenhang zum Ausdruck gebracht. Im Rahmen dieser Übung haben wir auch die Verlautbarung zur Kenntnis genommen, dass Belarus „Sondereinsatzkräfte“ an die ukrainische Grenze entsende, um auf die Präsenz der dort stationierten ukrainischen Streitkräfte zu reagieren. Es ist uns auch die Absurdität der belarussischen Behauptung ins Auge gestochen, dass die Ukraine eine Bedrohung für Belarus darstelle, und zwar in genau dem Grenzgebiet, in dem Belarus Russland seinen glücklosen Vorstoß auf Kyjiw ermöglicht hat.

Wir erkennen zwar an, dass die belarussischen Streitkräfte bisher nicht direkt in den Konflikt verwickelt waren, möchten aber darauf hinweisen, dass die Präsenz der belarussischen Streitkräfte in der Nähe der ukrainischen Grenze wahrscheinlich ukrainische Truppen binden wird, so dass sie nicht zur Unterstützung von Operationen im Donbass eingesetzt werden können.

Herr Vorsitzender,

unser Hauptanliegen ist es nach wie vor, daran zu arbeiten – egal wie lange es dauert –, sicherzustellen, dass die Souveränität, die territoriale Integrität und die Unabhängigkeit der Ukraine wiederhergestellt werden. Das Vereinigte Königreich steht solidarisch an der Seite seiner ukrainischen Freundinnen und Freunde, dies auch durch die fortlaufende Bereitstellung von Militärhilfe, während sie ihr Heimatland verteidigen und schlicht und einfach für das Recht auf eine freie, friedliche und prosperierende Zukunft kämpfen.

Danke. Ich bitte um Aufnahme dieser Erklärung in das Journal des Tages.